

„Gesellschaft im Reformprozess“ Die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht Reformbereitschaft der Deutschen

„Gesellschaft im Reformprozess“ heißt eine Erhebung der TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Februar/März 2006 rund 3000 wahlberechtigte Deutsche über 18 Jahre zu den gesellschaftlichen Reformen in Deutschland befragte. **Aus dieser Erhebung wird eine Studie erarbeitet, die zum Jahresende veröffentlicht werden wird.**

Die repräsentative Zufallsauswahl arbeitete mit computergestützten persönlichen Interviews und will die grundsätzlichen Einstellungen der Bundesdeutschen zu den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen untersuchen.

Erste Teilergebnisse aus den über 450 Tabellen wurden in der Öffentlichkeit mit aktuellen Diskussionen über Armut, neue gesellschaftliche Schichtungen etc. verbunden, obwohl weder in der Studie noch in den ersten Analysen beispielsweise der Begriff „Unterschicht“ benutzt oder gedacht wird.

Vielmehr zielte die Befragung darauf, herauszufinden, welche Wertepreferenzen in der Bevölkerung vorliegen und welche Zuordnungen zu „politischen Typen“ diese Präferenzen erlauben. Frank D. Karl, Leiter der FES-Abteilung Gesellschaftspolitische Information in Bonn und Auftraggeber der Untersuchung: *„Diese „politischen Typen“ wurden nach ihren politischen Wertevorstellungen und Einstellungen zusammengestellt, um zu klaren Aussagen über neue „politische Milieus“ zu kommen“.*

Die FES-Befragung zeigt hinsichtlich der Wertepreferenzen in der Bevölkerung zunächst ein noch unklares Bild. Auf einer Skala von 1 bis 7 werden die Werte „soziale Gerechtigkeit“ im Schnitt mit 6,3 und „Solidarität“ mit 6,1 bewertet. Aber auch Leistungsorientierung (5,4) und Eigenverantwortung (5,5) erfreuen sich großer Beliebtheit. Für einen Großteil sind Leistung und Gerechtigkeit, Solidarität und Eigenverantwortung also keine Widersprüche, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Sie wollen Leistung erbringen, aber erwarten auch, dass sie die Chance dazu bekommen und einen gerechten Anteil am Wohlstand erhalten.

Die politischen Typen in der Übersicht

Die Untersuchung kommt zu neun „Politischen Typen“ nach ihren politischen Wertevorstellungen und Einstellungen:

Die **Leistungsindividualisten** (11 % Anteil an der Wahlbevölkerung) sind Gegner staatlicher Eingriffe und wollen eine Gesellschaft, die sich in erster Linie am Leistungsprinzip orientiert. Zwei Drittel sind männlich. Politisch bevorzugen sie das bürgerliche Lager und überdurchschnittlich die FDP.

Die **Etablierten Leistungsträger** (15%) repräsentieren vor allem das kleinstädtische gehobene (liberal-)konservative Milieu. Sie sind stark leistungsorientiert, elitebewusst und haben eine überdurchschnittliche Bindung an die Union.

Die **Kritischen Bildungseliten** (9%) stellen die politisch am weitesten links stehende, jüngste und zugleich qualifizierteste Gruppe dar. Die Kritischen Bildungseliten haben den höchsten Anteil partei- und gesellschaftspolitisch Aktiver. Über vier Fünftel von ihnen wählen eine der drei linken Parteien, die gegenwärtig im Deutschen Bundestag vertreten sind.

Das **Engagierte Bürgertum** (10%) ist ein weiteres, wenn auch stärker bürgerliches rot-grünes Kernmilieu. Frauen sowie qualifizierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie sozio-kulturelle Berufe sind stark überdurchschnittlich vertreten. Von allen Typen wird die SPD vom Engagierten Bürgertum am besten bewertet.

Die **Zufriedenen Aufsteiger** (13%) stehen für eine leistungsorientierte moderne Arbeitnehmerschicht. Sie kommen überwiegend aus einfacheren Verhältnissen, nehmen aber nun durch ihren eigenen Aufstieg eine Position in der gesellschaftlichen Mitte ein. Politisch neigen sie überproportional zur Union, ein gutes Drittel tendiert aber auch zur SPD.

Die **Bedrohte Arbeitnehmerschicht** (16%) repräsentiert die vor allem (klein-)städtische und stärker industriell geprägte Arbeitnehmerschicht. Hinsichtlich der Parteipräferenz ist eine starke SPD-Orientierung festzustellen, allerdings gibt es auch eine Offenheit für die Union und zunehmend (aus Enttäuschung über die SPD) für die Linkspartei.

Die **Selbstgenügsamen Traditionalisten** (11%) sind von allen Gruppen am stärksten auf die beiden Volksparteien ausgerichtet. Sie sind stark an Konventionen orientiert und wollen einen regulierenden Staat. Der Politik wird wenig Vertrauen entgegengebracht, auch, weil viele Prozesse nicht mehr verstanden werden.

Die **Autoritätsorientierten Geringqualifizierten** (7%) sind die am stärksten autoritär-ethnozentristisch eingestellte Gruppe. Aus meist einfachen Verhältnissen kommend, wurde ein „Aufstieg im Kleinen“ erreicht. Ihre überdurchschnittliche Zustimmung zur SPD geht einher mit einer fundamentalistischen Ablehnung der Grünen und ihrer politischen Vorstellungen.

Das **Abgehängte Prekariat** (8%) ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegsenerfahrungen. Diese Gruppe hat einen hohen Anteil berufsaktiver Altersgruppen, weist den höchsten Anteil an Arbeitslosen auf und ist zugleich ein stark ostdeutsch und männlich dominierter Typ. Mit der Großen Koalition sind sie in hohem Maße unzufrieden. Nichtwähler sind ebenso überproportional vertreten wie Wähler der Linkspartei und rechtsextremer Parteien.

Die „Drei-Drittel-Gesellschaft“

Alles in allem zeigt sich das Bild einer Drei-Drittel-Gesellschaft. Die Menschen im „oberen“ Drittel haben recht gesicherte Chancen und Lebensperspektiven. Allerdings ist dieses Drittel politisch gespalten zwischen eher linksliberalen (Kritische Bildungseliten, Engagiertes Bürgertum) und liberalkonservativen (Leistungsindividualisten, Etablierte Leistungsträger) Gruppen. In der „Mitte“ der Gesellschaft ist die Verunsicherung längst angekommen. Je nachdem wie die eigenen Chancen aussehen und die politischen Orientierungen sind, stehen die Gruppen dem Wandel aufgeschlossen (Zufriedene Aufsteiger) oder skeptischer (Bedrohte Arbeitnehmerschicht) gegenüber. Im „unteren“ Bereich (Selbstgenügsame Traditionalisten, Autoritätsorientierte Geringqualifizierte) wächst die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Realitäten und der Politik sowie das Risiko der sozialen und politischen Abkopplung (Abgehängtes Prekariat). In allen drei Dritteln gilt jedoch, dass bestimmte Grundwerte wie „soziale Gerechtigkeit“ besonders wichtig sind. Die (nicht einfache) strategische Herausforderung liegt darin, die solidarischen Gruppen im oberen Teil der Gesellschaft, die verunsicherte Arbeitnehmerschicht und die erreichbaren Gruppen im unteren Bereich politisch zu integrieren.